

# GdP-News

Nr. 34/2021, 27. August 2021

## Tarifrunde der Länder: GdP erwartet starkes Signal der Arbeitgeber

- ⇒ **5 Prozent mehr Entgelt**
- ⇒ **mindestens aber 150 Euro pro Monat**

Im Oktober startet die Tarifrunde der Länder. Die GdP fordert selbstbewusst eine Erhöhung der Entgelte um 5 Prozent, mindestens aber 150 Euro pro Monat, bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Für die Auszubildenden fordern die Gewerkschaften eine Erhöhung der Vergütung um 100 Euro pro Monat.

„Es werden keine einfachen Verhandlungen. Die Arbeitgeber versuchen, das Eingruppierungsrecht zu beschneiden. Sie wollen den sogenannten *Arbeitsvorgang* dabei zum markanten Kernthema der Tarif- und Besoldungsrunde 2021 machen“, betonte der stellvertretende Landes- und Bundesvorsitzende René Klemmer anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung der gemeinsamen Tarifforderung von ver.di, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der IG Bauen, Agrar und Umwelt (IG BAU) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am Donnerstag in Berlin.





Isabel Sorg, Vorsitzende Fachausschuss Tarif: „Die Kolleg:innen werden diese Tarifrunde genau beobachten. Nach vielen Lobeshymnen in den letzten Wochen und Monaten dürfen sie es jetzt auch im Geldbeutel spüren. Die Flutkatastrophe hat erneut unter Beweis gestellt wie hochmotiviert die Beschäftigten in der Polizei Rheinland-Pfalz sind“

Der Fachkräftemangel in der Polizei wird immer spürbarer und viele Stellen in der rheinland-pfälzischen Polizei müssen mehrfach ausgeschrieben werden, um diese überhaupt besetzen zu können. „Erhebliche Verschlechterungen, beispielsweise bei Eingruppierungen künftiger Beschäftigte, womöglich sogar für bestehende Arbeitsverhältnisse, werden wir mit aller Kraft abwehren. Es sei zudem ein Muss, um den öD für jungen qualifizierten Nachwuchs noch attraktiv zu halten“, unterstrich Klemmer.

### Die Bewertung des zuständigen Tarifexperten René Klemmer hierzu:

"Die Konkurrenz der Arbeitgeber in Bund und Kommunen (VKA) zu den Ländern um qualifiziertes Personal wird immer größer. Die innere Sicherheit sollte allen Arbeitgebern im öffentlichen Sektor gleich viel wert sein. Leider Gottes sei es mittlerweile an der Tagesordnung, dass Länderbeschäftigte zum Bund oder in die Kommunen wechseln. Insbesondere in Rheinland-Pfalz ist mit dem BKA in Wiesbaden und mehreren Standorten der Bundespolizei die Konkurrenz nicht weit."

Nach dem Auftakt am 8. Oktober in Berlin folgt die zweite Tarifrunde am 1. und 2. November in Potsdam. Den Abschluss bildet die dritte Runde am 27. und 28. November ebenfalls in Potsdam. Die GdP verhandelt gemeinsam mit den DGB Gewerkschaften im öffentlichen Dienst unter der Verhandlungsführung von ver.di.

## Der Landesvorstand

